

// Vorsitzende //

GEW BERLIN • Ahornstraße 5 • 10787 Berlin

Senatsverwaltung für Bildung,
Jugend und Familie
Frau Senatorin Scheeres
Bernhard-Weiß-Str. 6
10178 Berlin

vorab per E-Mail: solvey.zindler@senbjf.berlin.de

Berlin, 06. August 2020

Telefon: 030/219993-0

Fax: 030/219993-50

E-Mail: vorstand@gew-berlin.de

Verhandlungen über Corona-Bildungspakt für Berlin

Sehr geehrte Frau Scheeres,

vor Beginn der Sommerferien hatten wir Sie nachdrücklich zur Aufnahme von Gesprächen aufgefordert. Anfang Juli ließen Sie uns auf August vertrösten. Ein konkreter Termin ist nach wie vor nicht vereinbart. Angesichts der extremen Belastung, der die Kollegien bereits vor dem ersten Schultag ausgesetzt sind, ist für uns nicht akzeptabel.

Auch ist die Chance verpasst worden, die Sommerferien zu nutzen, um wieder zu einem verlässlichen Austausch mit den Beschäftigtenvertretungen zurückzufinden. Stattdessen missachtet Ihr Haus weiterhin deren Mitbestimmungsrechte. Unsere Empörung darüber haben wir per Schreiben an Herrn Blume vom gestrigen Tag bereits zum Ausdruck gebracht.

Es braucht dringend tragfähige Konzepte und Lösungen für gute Arbeitsbedingungen, es braucht Instrumente zur Entlastung. Die umfangreichen konzeptionellen Anforderungen Ihres Hauses, die in Vorbereitung auf den Schuljahresstart an die Schulen delegiert werden, dürfen nicht einfach zusätzlich auf den Schultern der Schulleitungen und Kollegien abgeladen werden. Das Schuljahr 2020/21 kann nur dann erfolgreich anlaufen, wenn neben den Interessen der Schüler*innen und Eltern insbesondere die Beschäftigten berücksichtigt werden. Dazu ist es zwingend notwendig, dass die Senatsbildungsverwaltung auch die Perspektive der Pädagog*innen einnimmt. Eine weitere Verschärfung der Arbeitsbedingungen ist nicht hinnehmbar. Unsere Kolleg*innen arbeiten angesichts des Fachkräftemangels bereits seit Jahren am Limit – und spätestens seit März weit darüber hinaus.

In den letzten Tagen erreichten uns hunderte Nachrichten von besorgten und wütenden Kolleg*innen aus allen Schulformen und Bezirken. Die Kolleg*innen vermissen in Ihren Statements zum Schuljahresstart ein klares Bekenntnis dazu, dass Sie Ihre Fürsorgepflicht als Arbeitgeberin wahr- und ernst nehmen. Als größte Interessenvertreterin der Beschäftigten an Berliner Schulen werden wir ihnen dabei zur Seite stehen, denn viele sind bereit, ihren Unmut auch öffentlich kund zu tun.

Bereits mit Schreiben vom 18. Juni haben wir Ihnen unsere Positionen zur Wiederöffnung der Berliner Schulen und Kitas übermittelt. Nach wie vor fordern wir einen Corona-Bildungspakt für Berlin, der über

die nächsten Monate hinausdenkt. Es sind die Berliner Pädagog*innen, die durch ihre unermüdliche Arbeit über die individuelle Schmerzgrenze hinaus den Bildungserfolg der Schüler*innen während der Covid-19-Pandemie sichern. Um diese auch weiterhin leisten zu können, braucht es verbindliche Maßnahmen und Zusagen, wie künftig für Entlastung gesorgt wird. Jetzt ist die Zeit, um die Berliner Schulen zukunftsfähig zu machen. Nehmen Sie jetzt mit uns Verhandlungen auf.

Mit freundlichen Grüßen



Doreen Siebernik
Vorsitzende



Tom Erdmann
Vorsitzender